

2520.1

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT DES INNERN

Nicht an die Presse

Bern, 17. Dezember 1991

InformationsnotizAn den Bundesrat

OECD-Ministerkonferenz über Umwelt und Entwicklung,  
Paris, 2./3.12.91

---

- I. Der Zweck dieser ersten gemeinsamen Tagung der für die Entwicklungszusammenarbeit und die Umweltbelange zuständigen Minister der OECD-Staaten war die Abstimmung ihrer Positionen im Hinblick auf die UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) von Rio de Janeiro im Juni 1992 und die Setzung von diesbezüglichen Signalen an die Adresse der Entwicklungsländer.

Diese Ziele konnten teilweise erreicht werden. Namentlich in folgenden Fragen bedarf es noch beträchtlicher Anstrengungen zur Ueberwindung bestehender Unterschiede:

- Die europäischen Staaten, Kanada, Australien und Neuseeland halten es im Sinne des Vorsorgeprinzips angesichts der weltweit fortschreitenden Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen trotz offener Fragen für zwingend, sich mit klaren Fristen und Zielsetzungen zu weiteren Schadstoffreduktionen zu verpflichten und die entsprechenden Massnahmen in Angriff zu nehmen. Es geht auch um ihre Glaubwürdigkeit gegenüber den Entwicklungsländern, auf deren unerlässlichen Beitrag (Beispiel Tropenwälder: längerfristige dauerhafte Nutzung versus kurzfristig profitabler Brandrodung) wir angewiesen sind. Die USA andererseits sind nicht bereit, konkrete Verpflichtungen einzugehen, und erwarten, dass ihr Vertrauen in die positiven Auswirkungen bestehender und künftiger amerikanischer Politiken geteilt werden.
- Die Entwicklungsländer sind zu dem von ihnen erwarteten Beitrag im Bereich der globalen Umweltprobleme (Klima, Artenvielfalt, Ozonschicht, Wälder, Wasserressourcen) nur in der Lage, wenn ihr Zugang zu neuen und umweltgerechten Technologien nicht noch weiter erschwert wird und sie mit zusätzlicher finanzieller Unterstützung rechnen können.

In Paris akzeptierten die USA und Japan zum ersten Mal eine Erklärung, in der sie sich zumindest für die Bereitstellung zusätzlicher Mittel zugunsten des globalen Umweltbereichs aussprechen. Dies genügt jedoch der Mehrheit der OECD-Staaten noch nicht. Diese erkennen, dass die Entwicklungsländer neue und additionelle Mittel nötig haben um Projekte zur Begegnung der globalen Umweltprobleme realisieren zu können, erst recht wenn verhindert werden soll, dass diese Aufgaben nicht auf Kosten der finanziellen Ressourcen für reguläre Entwicklungsprojekte gehen.

II. Die Konferenz bot Gelegenheit zu einem Meinungs austausch, der teilweise in der Schlusserklärung festgehalten ist. Zu den interessantesten Themen gehörten die folgenden:

- "dauerhafte Entwicklung"

Die Entwicklungsländer brauchen Wirtschaftswachstum zur Ueberwindung der Armut; sie haben ein Recht darauf. Wenn sie jedoch den gleichen Weg einschlagen wie die Industriestaaten, wird dies mit Sicherheit zu einer unwiederbringlichen Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen führen. Zur Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung ist es notwendig, dass alle Staaten zu einer rationellen Nutzung der natürlichen Ressourcen (was die Bezahlung eines angemessenen Preises dafür voraussetzt) und zur vollen Integration der Umweltkosten in die Wirtschaftspolitik zu gelangen. Die OECD Mitgliedstaaten haben deshalb erkannt, dass ein entscheidender Beitrag ihrerseits zur Lösung der globalen Umweltprobleme und zur Erreichung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung eine Revision ihrer Produktions- und Konsummuster von Grund auf impliziert.

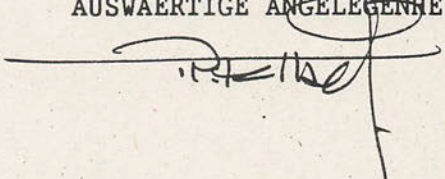
- "Zusätzliche Mittel"

Mit der Umweltfazilität (GEF) im Rahmen der Weltbank stellten die Industriestaaten auf freiwilliger Basis 1 Milliarde SDR (Beitrag der Schweiz: 4 Prozent) zur Finanzierung von Umweltprojekten während einer dreijährigen Versuchsphase zur Verfügung. Gemessen an den Bedürfnissen ist dies ein bescheidener erster Schritt, dem weitere folgen müssen, und zwar getragen von allen Staaten, die es sich einkommensmässig leisten können. Dazu müssen die Arbeiten vertieft werden, um nicht nur die Leistungen der Industrieländer bezüglich der Bereitstellung finanzieller Ressourcen aufzuzeigen und zu vergleichen, sondern auch die genauen Bedürfnisse der Entwicklungsländer zu eruieren. Dabei müssen vor allem auch die Bemühungen zur Internalisierung der Kosten für Umweltschutz im Endpreis der Produkte auf internationaler Ebene unterstützt werden, vor allem der Einsatz von ökonomischen Instrumenten. Eine Zielvorgabe für finanzielle Leistungen setzt auch eine Buchhaltung voraus: nicht nur die multilateralen, sondern auch bilaterale Leistungen, wie sie die Schweiz mit dem Hauptanteil der Mittel aus dem 300-Mio-Kredit erbringt, müssen angerechnet werden. Internationaler Absprachen bedarf es auch im Bereich der marktwirtschaftlichen Instrumente, mit welchen der haushälterische Umgang mit natürlichen Ressourcen gefördert werden kann.

III. Eine UNCED ohne konkrete Ergebnisse würde die internationalen Bestrebungen im Umweltbereich zurückwerfen und während Jahren belasten. Nicht zuletzt deshalb ist es wichtig, eine Vertretung der Staaten auf höchster politischer Ebene anzustreben.

Es gilt aber auch, die noch verbleibende Zeit zu nutzen. In diesem Zusammenhang ist die Schweiz in informellen Gesprächen aufgefordert worden, zur Weiterentwicklung des politischen Meinungsbildungsprozesses insbesondere im Klimabereich beizutragen. Wenn die laufenden Verhandlungen und informellen Sondierungen dies als gerechtfertigt und erfolgsversprechend erscheinen lassen, wird die Schweiz ihre guten Dienste gerne anbieten. Der Zeitpunkt für eine mögliche politische Initiative ist offen; sie könnte sich jedoch nach Abschluss der vierten Tagung des UNCED-Vorbereitungskomitees, d.h. ab Anfang April 1992, als nützlich erweisen.

EIDG. DEPARTEMENT FUER  
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN



EIDG. DEPARTEMENT DES INNERN

